

Der Courier.

Saallische Zeitung

für Stadt



und Land.

In der Expedition des Saallischen Couriers (Verlag des Waisenhauses). — Redacteur Dr. G. G. Garcke.

N^{ro} 287.

Salle, Mittwoch den 23. Juni
Erste Ausgabe.

1852.

Der „Courier, Saallische Zeitung für Stadt und Land“ (Verlag des Waisenhauses), eröffnet mit dem 1. Juli d. J. ein neues vierteljähriges Abonnement. Wir bitten unsere geehrten Leser um rechtzeitige Bestellung.

— für das dritte Quartal. —

Die Expedition, die Knapp'sche Sort.-Buchhandlung und Förster'sche Commandite am Markt, die Herren Kaufleute Brodforb (Neumarkt), Seiffert (Klausthor), Stablschmidt (Leipziger Straße) und G. Becker (Strohbof) nehmen Bestellungen an.

Der vierteljährliche Abonnementspreis wird mit Rücksicht auf die neue Zeitungs-Steuer vom 1. k. M. ab bei unmittelbarer Entnahme 27 Sgr. 6 Pf., bei Beziehung durch die Post überall nur 1 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf., incl. des Postaufschlages, betragen. Inserate werden, wie bisher, die dreispaltige Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Der „Courier“ wird weiterhin in nur Einer Ausgabe nebst Beilage täglich (mit Ausnahme des Sonntags), Nachmittags ausgegeben werden; die Zeit der Postversendung bleibt dieselbe.

Uebrigens wird der „Courier“ in derselben wahrheitsgetreuen und patriotischen Haltung, wie bisher, fortfahren, seinen Lesern durch Benutzung der besten Quellen und direkte Verbindung mit den wichtigsten Schauplätzen des politischen Lebens, sowie durch zahlreiche in der Provinz angeknüpfte Privatcorrespondenzen stets die zuverlässigsten und neuesten Nachrichten über Politik und Handel, landwirthschaftliche und kirchliche Verhältnisse, und das allgemein Interessante und praktisch Nützliche über Kunst und Literatur zu geben; auch die landrätlichen und gerichtlichen Bekanntmachungen und die wichtigeren Regierungs-Verordnungen, die Familien-Nachrichten der Provinz, sowie die Local-Nachrichten und die Verhandlungen der öffentlichen Gerichts- und Stadtverordneten-Sitzungen stets sofort aus den Quellen und nach eigenen Berichten publiciren. Werden, wie billig, alle diese bedeutenden Opfer an geistigen und materiellen Kräften berücksichtigt, so dürfte sich verhältnismäßig kaum irgend eine Zeitung so billig herausstellen, als die unsrige.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß unsere Zeitung lediglich im Interesse des Waisenhauses unternommen ist, dem der Ertrag derselben zufließt.

Salle, den 22. Juni 1852.

Die Redaktion.

Inhalt: Tageschau. — Deutschland (Salle, Berlin, Posen). — Frankreich (Paris). — Großbritannien und Irland (London). — Schweiz (Bern). — Dänemark (Kopenhagen). — Vermischtes.

Salle, den 23. Juni.

Im „Staats-Anzeiger“ eine Allerhöchste Ordre, wodurch die weitere Einführung der Gemeinde-Ordnung etc. sistirt wird. Sodann das Gesetz über das Postwesen vom 2. Juni 1852.

Die russischen Großfürsten in Potsdam.

Die „N. Pr. Z.“ über „die Stellung, welche Preußen seinen Konfessionen und deren Ansprüchen wie Zerwürfnissen gegenüber angewiesen ist“. Es heißt u. A. einleitend: Das Verlangen, „der Staat müsse über den Parteien, so auch über den Konfessionen stehen“, kann nur gestellt werden von denen, welche tief unter allen Parteien stehen.“ In Frankreich scheint die „N. Pr. Z.“ für die Eiferer gegen die heidnischen Schriftsteller Partei zu nehmen (s. unten).

Ueber die vielbesprochene Mission Bismarck's eine offiziöse Aeußerung aus Wien vom neuesten Datum (s. unter Berlin).

Die Berliner Zollkonferenz beriebt die im Septembervertrage stipulirte Ermäßigung des Zolls auf Syrup, Kolonial- und Rübenzucker.

Nach den Frankf. Blättern hat sich Oesterreich verpflichtet, in keine Separatverhandlungen über die Zoll- und Handelsfrage mit Preußen zu treten. Auch soll das dritte Darmstädter Protokoll (die Garantie) allseitig (?) ratifizirt sein.

Advokat-Anwalt Bloem ist vom Direktorat der Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn zurückgetreten.

In Frankfurt a. M. befürworten Handelskammer und Kaufmannschaft beim Senat dringend die Forterhaltung des Zollvereins. Eine Luxussteuer für Pferde (7 fl. 30 Kr.) ward renovirt.

Der Protest der Gothaischen Grafenkurie und Ritterschaft ist erfolgt und von dem vielbesprochenen Oldenburgischen Staats-Rath Fischer verfaßt. (N. Pr. Z.)

In Göttingen hat sich ein Centralcomité konstituirte, welches für die Ausbringung der Gehalte der abgesetzten Kieler Professoren mit dem der übrigen deutschen Universitäten sich in Verbindung setzen wird. (B. Z.)

In Stuttgart ward vom Justizminister ein Gesekentwurf über Bestrafung der Verbrechen gegen den deutschen Bund“ eingebracht.

Der offizielle „Moniteur“ hat seinen Preis ermäßigt, um als Konkurrent der Pariser Journale aufzutreten. Gleichzeitig ist ein neues (Bonapartistisches) „Journal de la Cour“ (!) des Herrn Mayer mit einer Adler-Étiquette erschienen. Ob als Vorbote?

Die Sitzungen der französischen Legislative werden am 28. geschlossen, die neuen Besteuerungs-Gesekvorschlüge zurückgelegt.

Die Lektüre des Ovid, Homer und Cicero in den Schulen ist nach dem „Univers“ ebenso verderblich wie das Vergiften öffentlicher Brunnen!

Gymnasial-Professor Kunisch in Breslau gestorben (den 18.); Privatdocent Dr. R. Streabel (Mediziner) ist außerordentlicher Professor in Leipzig geworden. Die Universität Leipzig zählt jetzt 812 Studierende (darunter 216 Ausländer).

Deutschland.

Der „Preussische Staats-Anzeiger“ vom 22. Juni enthält Folgendes:

Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 17. Juni c. erkläre Ich Mich damit einverstanden, daß mit der Einführung der Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850, so wie mit der Bildung der in der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850 angeordneten neuen Kreis- und Provinzial-Vertretungen, nicht weiter vorzugehen ist. — Der Minister des Innern hat demgemäß das Weitere zu veranlassen, und wird derselbe beauftragt, diejenigen Anordnungen zu treffen, welche sich in Ausführung des gegenwärtigen Erlasses als nothwendig ergeben. Den Kammern sollen bei ihrem nächsten Zusammentritte die geeigneten Vorlagen in dieser Angelegenheit gemacht werden. Diese Meine Ordre ist durch die Gesefsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Sanssouci, den 19. Juni 1852.

Friedrich Wilhelm.

von Manteuffel. von der Seydt. Simons. von Raumer. von Westphalen. von Bodelschwingh. von Bonin. An das Staats-Ministerium.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst gerucht:

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Haelschner zu Hirschberg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Rentanten des Train-Depots zu Posen, Major von Kessel, und dem Waisenhaus-Zuspector emer. Dr. Zehne in Bunzlau, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kirchenvorsteher, Kantor emer. Haupt zu Grieben in der Altmark und dem Kreisgerichts-Boten und Exekutor Andreas Bunte zu Breslau, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Kreisgerichts-Sekretär Schmorl zu Erfurt bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Titel als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Berlin, den 21. Juni 1852.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen und Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen sind nach Schloß Altenstein bei Meiningen abgereist.

Potsdam, den 20. Juni 1852.

Ihre Kaiserliche Hoheiten die Großfürsten Nikolaus und Michael von Rußland sind hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen.

Das 23. Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter

Nr. 3577. das Gesef über das Postwesen. Vom 5. Juni 1852.

Berlin, den 21. Juni 1852.

Debits-Comtoir der Gesefsammlung.

Angelommen: Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich von Hessen-Kassel, von Kassel.

Der Hof-Jägermeister Graf von Reichenbach-Brustave, von Breslau.

Abgereist: Se. Erlaucht der Graf Heinrich von Schönburg-Glauchau, nach Gufow.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und Inspektor der 2ten Artillerie-Inspektion, von Strotha, nach Schweidnitz.

Berlin, den 21. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst gerucht: Dem Premier-Lieutenant von Schudi vom 15. Infanterie-Regiment und dienstleistenden Adjutanten der 26. Infanterie-Brigade die Erlaubniß zur Anlegung der von Sr. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe ihm verliehenen Militär-Verdienst-Medaille zu ertheilen.

Halle, den 22. Juni. Die „Ausg. Allg. Zeit.“ bringt von der Elbe einen Brief von Lord Palmerston an den dänischen Gesandten in London, der zwar alt ist, aber wegen der neuesten Ereignisse in Holstein ein besonderes Interesse hat. Am 15. Mai 1849 schrieb Lord Palmerston an den Grafen Reventlow:

„Ich erlaube mir ferner zu bemerken, daß es geeignet sein wird, in das Protokoll die Verpflichtung des Königs von Dänemark aufzunehmen, sofort eine vollständige Amnestie für alle Personen zu veröffentlichen, die dem Theil von Schleswig angehören, welcher in Folge des Waffenstillstandes durch dänische Truppen besetzt werden möchte. Denn die Regierung Ihrer Majestät kann es nicht zugeben, irgend einen Theil des Herzogthums den dänischen Truppen zu überliefern, ohne die größtmögliche formelle Sicherheit zu erlangen, daß Personen und Eigenthum, welche diesem Theil von Schleswig angehören, geschützt bleiben gegen jeden Akt der Rache, welchen die gewaltthätige dänische Partei (violent party) in Kopenhagen gegen die Schleswiger auszuüben wünschen möchte. Ich habe die Ehre zc. Palmerston.“

Der Eifer, mit dem man seit kurzem im Königreich Sachsen gegen den Freimaurerorden ankämpft, scheint auch in Berlin seine Anhänger gefunden zu haben. Mehreren hochgestellten Personen sind Schriften, welche die Gefährlichkeit des Ordens darzuithun sich bemühen, namentlich die des Advocaten Eckert, unter Couvert anonym zugesandt worden. Es ist bekannt, daß Militärpersonen und Civilstaatsdiener aller Grade in Preußen Mitglieder des Ordens sind, ja daß derselbe in der höchsten Sphäre einen Beschützer hat. Schon diese Thatsache würde dafür sprechen, daß von auflösenden Tendenzen bei dem Orden keine Rede sein kann. Außerdem sollen gerade in Preußen positive Beweise für ein conservatives Wirken der Freimaurerei vorliegen. So die „D. A. Z.“ nach dem Berliner C. B. Auch wir halten die preuß. Freimaurerei unter dem Protektorat des Prinzen von Preußen für eben so ungefährdet.

Berlin, den 21. Juni. Se. Majestät der König haben sofort, als die Nachricht von dem Unglück, welches die Bewohner des Gichsfeldes durch die Ueberschwemmung betroffen, hier eintraf, 1000 Thlr. zur nächsten Abhülfe aus Allerhöchstherr Chateauille bewilligt.

Das „C. B.“ berichtet ferner (vergl. „Cour.“ 285) über die Reife des Königs nach Stolzenfels: In Trier findet am 27., Sonntag, große Parade statt. Montag, den 28., erfolgt die Rückreise Sr. Majestät von Trier nach Stolzenfels. Auf ausdrücklichen Befehl finden Empfangsfeierlichkeiten nicht statt. Nur die Oberpräsidenten und kommandirenden Generale werden den König durch ihre resp. Provinzen begleiten.

Außer den von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland bei Allerhöchstherrn Anwesenheit hier selbst verliehenen Orden und Ehrenzeichen, welche bereits durch die öffentlichen Blätter bekannt sind, haben Se. Majestät der Kaiser noch jeder Compagnie der verschiedenen Truppen, die am Manöver Theil genommen haben, eine St. Annen-Medaille 5. Klasse, für Feldwebel und Unteroffiziere bestimmt, Allergnädigst überweisen lassen.

Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Albrecht und Friedrich Wilhelm von Preußen sind nach dem Herzoglich Meiningischen Schloß Altenstein bei Eisenach von hier abgereist. J. K. S. die Frau Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen feiert dort heute ihren Geburtstag.

Gestern Abend um 9¹/₄ Uhr trafen Ihre Kaiserlichen Hoheiten die Großfürsten Nikolaus und Michael mittelst Extrazugs in Potsdam ein. Heute Mittag 12³/₄ Uhr trafen Ihre Kaiserl. Hoheiten von Potsdam hier ein; Dieselben diniren im Kaiserl. Russ. Gesandtschafts-Hotel und werden heute Abend um 7 Uhr nach Potsdam zurückkehren. (R. Pr. 3.)

Berlin, den 21. Juni. Wie die Radikalen die Freiheit verstehen, läßt sich wieder einmal aus den Vorgängen ersehen, die jetzt im Kanton Freiburg stattgefunden haben (s. unter Bern). Die radikale Regierung von Freiburg hat die jetzt dort bestehende Kantonal-Verfassung selbst geschaffen, in welcher u. A. festgesetzt ist, daß das Petitionsrecht auch auf Aenderung der Verfassung gewährt ist. Jetzt hat nun die weit überwiegende konservative Majorität des Kantons sich so weit auferafft, daß sie in der neulichen Volksversammlung zu Pörsing um Aänderung der Verfassung petitionirt hat. Aber die Regierung, die zuerst jene Versammlung gar nicht gestatten wollte, macht, da ihr dies nicht gelang, nun alle möglichen Anstrengungen, die Anträge der Konservativen zu beseitigen, weil eben sonst die radikalen Regierungsräthe selbst ihre Armessel verlassen müßten. So zeigt sich auch hier wieder, daß gerade die Radikalen die „freiwilligen“ Gesefze nur sich wollen zu Gute kommen lassen und daß sie Eins besonders festhalten, — das erschwindelte Amt. (R. Pr. 3.)

Die letzterchienene Nummer des „Preussischen Wochenblatts“ (Nr. 29) ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Der vorgestern abgehaltene Ministerrath hat — wie das „C. B.“ berichtet, beschlossen, daß die Einführung der Gemeinde-Ordnung von 1850 da, wo sie nicht schon in der Ausführung begriffen ist, sistirt werden solle (in „Staats-Anz.“ bereits publizirt). — Es wird in diesem Sinne und den Beschluß des Ministerraths näher ergänzend den Regierungen Seitens des Herrn Ministers des Innern ein Restrikt zugehen, welches den Beschluß des Konseils zur Ausführung bringen soll. In zweifelhaften Fällen bleibt die Rückfrage an den Herrn Minister offen. — Daß über Einberufung der Provinzialstände nicht beschlossen ist, wird dem „C. B.“ wiederholt. Es laße sich daher ein Termin derselben nicht angeben, wenn schon überhaupt eine derartige Berufung im höchsten Grade wahrscheinlich sei.

Von mehreren Seiten wird es lebhaft betrieben, daß in Frankfurt die Erörterung der kirchlichen wie der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten erschöpfend noch vor dem Eintreten der Bundestagsferien erfolge. (C. B.)

Berlin, den 21. Juni. Die ministerielle „Oesterreichische Korrespondenz“ vom 18. Juni sagt: „Nicht leicht hat ein Ereigniß in der diplomatischen Welt den Zeitungen so viel Stoff zu Kommentaren und Bemerkungen geliefert als die Sendung des Herrn v. Bismarck-Schönhausen nach Wien. Während man von einer Seite mit großer Zuversicht behauptete, Herr v. Bismarck sei der Ueberbringer von Ausgleichungsvorschlägen in der handelspolitischen Frage und ein Abschluß stehe in unmittelbarer Aussicht, wurde von der andern Seite diese ganze Sendung als ein Versuch dargestellt, die öffentliche Meinung über die eigentlichen Absichten der Berliner Kabinets zu täuschen, um den Mittelstaaten Besorgnisse über eine einseitige Lösung der Angelegenheit einzusößen. Wir glauben, daß die Organe beider Parteien in ihrem Eifer sich verirren. Den ersteren gegenüber erlauben wir uns die Versicherung zu wiederholen, daß Herr v. Bismarck keineswegs als Ueberbringer von Ausgleichungsvorschlägen der preussischen Regierung nach Wien kam, daß überhaupt auf dem gegenwärtigen Standpunkte der Zollangelegenheit gar kein Gegenstand zu Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten vorliege, und daß solche Verhandlungen nur unter Einvernehmen mit den näher verbündeten Staaten stattfinden würden. Den letztern gegenüber können wir uns auf die Bemerkung beschränken, daß das Bestreben der preussischen Regierung, ungeachtet der tiefgehenden Spaltung in der Zoll- und Handelsfrage, die bundesfreundlichen Beziehungen zum kaiserlichen Kabinete zu unterhalten, einem gleichen Bestreben von Seiten Oesterreichs begegne. Wir sind überzeugt, daß in diesem Sinne auch die Sendung des Herrn v. Bismarck aufgefaßt wurde.“

Die ganze Differenz in den Nachrichten erscheint bereits von untergeordneter Bedeutung, denn einmal muß Hr. v. Bismarck selbst in dem Falle mit Instruktionen über die jetzt ganz im Vordergrunde stehende handelspolitische Frage ausgerüstet sein, wenn er nur den Gesandtschaftsposten versteht, das anderthalb aber ist die Situation bereits dem Stadium entrückt, in welchem die Frage: ob Instruktion oder nicht? von Erheblichkeit scheint. Die österreichische Regierung will nicht verhandeln, sie wird sich jetzt passiv verhalten, das heißt, sie wird den Koalitionsstaaten nicht vorgreifen. — Es ist diese Politik auch in den Darmstädter Protokollen begründet, das dritte derselben hat jetzt, wie das „Fr. Z.“ hört, eine allseitige Ratifikation erfahren.

Angesichts dieser Momente wäre die Aufhebung eines Präklusivtermins zur Abgabe der Rückänderung der Koalitionsstaaten auf die preussische Erklärung vom 7. d. M. eine unerlässliche Pflicht, und es ist nur zu bedauern, daß auch diese wieder hinausgeschoben zu sein scheint, bis die Verhandlungen über die Vorlagen Preußens zum Schluß gekommen sind.

Posen, den 18. Juni. In Betreff der Posen-Breslauer Eisenbahn erfährt die „Pos. Ztg.“ aus guter Quelle, daß deren Bau in nächsten Frühjahr, und zwar nach der Neuherung des Herrn Handelsministers v. d. Heydt bis zur Geldebewilligung durch die Kammern vorläufig aus den disponiblen Fonds des Handelsministeriums, in Angriff genommen werden soll.

Frankreich.

Die „N. Pr. Z.“ urtheilt über den Streit des französischen Klerus vorläufig folgendes:

Der Streit, der zwischen verschiedenen Bischöfen und katholischen Blättern entstanden, ist kein französischer, sondern ein europäischer. Früh oder spät wird und muß er in allen Ländern ausbrechen; denn es ist eine Lebensfrage nicht allein für die Regierungen, sondern für die ganze christliche Gesellschaft. Es fragt sich, ob der Geist, der seit der Renaissance — auf Universitäten, in der Philosophie und in der Literatur herrscht, nicht ein tödtender für alles religiöse, ja für alles moralische Leben ist, ob nicht dieser Geist ein Selbstmord statt einer Wiedergeburt ist. Es fragt sich, ob heidnische Geist und Beurteilung nicht die Ursache aller der politisch-socialen Störungen ist, die Europa seit 100 Jahren aus allen seinen Fugen gerissen haben; es fragt sich, ob die Moral, die je nach der Verschiedenheit der alten Völker abwich, sich von der christlichen Religion trennen läßt. Es ist eine Lebensfrage, kein Wunder ist's, daß sie hier alle politischen Fragen weit in den Hintergrund wirft, da, wie schon gesagt, sie in ganz Europa alle anderen Fragen erdrücken wird.

Paris, den 19. Juni. Dieselben Regierungsjournale, welche die Nachrichten der Verlängerung der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers gebracht haben, widerrufen sie heute. Die Sitzungen werden am 28. geschlossen. Am 22. kommt das Budget für 1853 zur Berathung, und die Besteuerungs-Gesetzworschläge werden bis zur künftigen Saison aufgeschoben.

Dieser Tage wird ein Buch vom Grafen Billemar erscheinen, welches die Geschichte des mysteriösen Todes des Herzogs von Bourbon enthält und gewiß großes Aufsehen erregen wird, da man darin nachzuweisen sucht, und zwar durch die Protokolle der geheimen Untersuchung von 1830, daß die Baronin v. Feuchères den unglücklichen Nachkommen der Condés erdrosseln ließ und daß, wenn Louis Philipp nicht der Complice der That war, er es doch durch die Ungefragtheit des Mordes wurde. In der Vorrede kündigt Herr Billemar die Absicht des Fürsten Robans an, auf Revision des Untersuchungsprozesses wegen der Ermordung seines Onkels antragen zu wollen. (Wir werden darauf morgen zurückkommen.) Der Senator Fouquier d'Herouel ist gestorben.

Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Herr Fortoul ist von Nancy, wo er bei der Einweihung der neueröffneten Eisenbahnstrecke den Minister der öffentlichen Arbeiten vertrat, nach Paris zurückgekehrt. Die von der Stadt Nancy veranstalteten Feierlichkeiten haben nach der ehemaligen Hauptstadt von Lothringen über 100,000 Menschen gelockt. Es war ein aus 225 Couverts bestehendes Bankett im großen Saale des Rathhauses veranstaltet und wurde mit den üblichen Toasten gefeiert. Das Fest schloß mit einer Lustfahrt des Herrn Godard und mit einem Feuerwerke, welches am Triumphbogen, welcher einer der schönsten Plätze von Europa den „Königlichen Platz“ schließt, abgebrannt wurde.

Großbritannien und Irland.

London, den 18. Juni. Der Kriegsminister Hr. Verresford hat im Unterhause angezeigt, daß das Budget der Militär nicht über 20,000 Pfd. Sterl. beträgt. — Die gewöhnliche Gedächtnißfeier der Schlacht von Waterloo hat gestern Abend stattgefunden. Außer dem greisen Herzog v. Wellington (er ist jetzt 84 Jahre alt) wohnte der Prinz Albert und mehrere Notabilitäten, so wie circa 30 alte Offiziere, Veteranen der Schlacht, dem Bankette bei. (P. G.)

Schweiz.

Bern, den 17. Juni. Herr Schaller war es in der stürmischen Sitzung vom Großen Rath zu Freiburg am 15. gelungen, gegen die Meinung der übrigen Regierungsglieder den Beschluß durchzusetzen, daß das konservative Comité der Versammlung von Posten — nöthigenfalls mit Gewalt — aufzulösen und der Bürgergarde für ihre guten Dienste gegen die radikale Regierung 18,000 Fr. zu bestimmen seien. Hierauf erklärten die sechs Deputationen des konservativen Bezirkes St. V. ihren Austritt aus dem Großen Rath und ebenso Staatsrath Rit-

tel; ja es verbreitete sich das Gerücht von einer neuen, aber nach Freiburg anzuberäumenden Volksversammlung. Hierauf neue Sitzung des Großen Rathes am 16. (stürmischer als je) und Zurücknahme des gefälligen Beschlusses über das Comité von Posten. Die Mitglieder des letzteren sind darum gestern wieder von hier, wohin sie geschickt, nach Freiburg zurückgekehrt. Sie sind entschlössen, durchaus den Weg der Legalität nicht zu verlassen, und das Volk gehorcht ihnen. (N. Pr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 18. Juni. Wie ich vernehme, werden sämtliche Holsteinische Regierungs-Bureaus noch fürs erste in Kiel verbleiben und über den Zeitpunkt ihrer Verlegung hierher erst nach Rückkunft des Königs näher entschieden werden. Die in der „Hamburger Börse“ von Kiel unterm 11. dieses Monats ausgesprochene Meinung, daß den jetzt entlassenen dortigen acht Professoren auch fernerhin das Gehalt gelassen werden würde, dürfte sich jedenfalls nicht bestätigen; wie ich vernehme, würden diese Professoren von der Dänischen Regierung weder ihr bisheriges Gehalt, noch überhaupt eine Pension in Zukunft erhalten, indem die desfalligen Statuten der Kieler Universität für die Entlassung derselben nicht normend sein sollen. — In einigen Tagen wird die Dänische Hauptstadt einen Besuch von etwa 300 Schwedischen Studenten der Universität zu Uplala erhalten; dieselben werden auf ihrer Reise nach Christiania in Norwegen am 21. dieses Monats erwartet und gedenken hier zwei Tage zu verbleiben. Während der hiesigen Industrie-Ausstellung wird auch eine Versammlung von Industrietreibenden vom 24. August bis zum 6. September dieses Jahres abgehalten werden.

Bermischtes.

Berlin, den 21. Juni. Der gegenwärtige Wollmarkt giebt auch diesmal wie wohl immer zu Betrügereien Anlaß. Zwei jüdische Handelsmänner kauften von einer Gutverwaltung hier drei Sack seine Wolle und verkauften später an Tuchmacher aus Sommerfeld 17 Sack für die Gesamtsumme von 3004 Thln. Bei diesem Handel fungirte der eine der Juden unter der Maske eines „Dekonomen Kramer“, der andere als Wäfler. Alle 17 Säcke waren mit dem Namen der erwähnten Gutverwaltung gezeichnet und auf den Enden der Säcke, wo die Sommerfelder Tuchmacher die Wolle prüften, mit jener seinen Wolle gefüllt, während das Innere ganz schlechtes Material enthielt. Die betrogenen Tuchmacher, als sie den Betrug inne wurden, riefen die Hülfe der Polizei an, der es auch gelang, die jüdischen Gauner zu ermitteln, ihnen das Geld der Sommerfelder abzunehmen und sie dann zur Haft zu bringen.

— Eine neue Art von Daguerotypie, nach ihrem Erfinder Talbototypie genannt, hat dem Vernehmen nach die Beachtung des Kriegsministeriums erregt, da sich durch dieselbe auch Karten, Situationspläne und Croquis mit großer Schärfe und Genauigkeit kopiren lassen.

— Der König von Bayern soll Herrn Dingelsiedt zum Generalintendanten der Schauspiele (eine neue, noch nicht dagewesene Hofcharge) ernannt und ihm dadurch auch die Hof-Russintendantz sammt ihren sehr anti-dingelsiedtischen Elementen untergeordnet haben.

Fremdenliste.

Angelommene Fremde vom 21. bis 22. Juni.

Stadt Birtich: Hr. Geh. Rath Schünhardt a. Frankenhäufen. Hr. Rentier Wegemeyer a. Braunshweig. Hr. Gutsbes. Soltner a. Ertigau. Hr. Oberlieut. v. Kallhof a. Wien. Die Hrn. Kauf. Seidel a. Leipzig, Linne a. Mainz, Kahle a. Hanau, Ruppert a. Rassel.

Goldner Berg: Hr. Rechtsanw. Seeligmüller a. Könnern. Hr. Ob. Amtm. Seidelwein a. Dänabradt, Schöhl a. Weimar. Die Hrn. Prediger Heyne a. Derrisdorf u. Ahrend a. Langenfeld. Hr. Stud. Ahrend a. Berlin.

Goldner Eber: Hr. Assf. Tennhardt a. Wünnich. Die Hrn. Kauf. Heße a. Gera, Braun a. Leipzig, Fiedler a. Berlin.

Englischer Hof: Hr. Rittergutsbes. Kessler a. Arnstadt. Hr. Fabrik. Schlitter a. Dresden. Hr. Dekon. Inspect. Schimmer a. Frankfurt. Hr. Rechtsanw. Heinze a. Naumburg. Die Hrn. Kaufleute Dehmig a. Kolberg u. Lepel a. Berlin.

Stadt Hamburg: Hr. Kanzleirath Scheidner a. Dresden. Hr. Rechtsanw. Muhlert a. Brehna. Die Hrn. Kauf. Dieß a. Berlin u. Donath a. Leipzig.

Schwarger Bär: Die Hrn. Kauf. Müller a. Euhl u. Schlag a. Minden. Hr. Papierdr. Grimm a. Benshausen.

Eisenbahnhof: Hr. Lieut. v. Gosthoff a. Merieburg. Hr. Rittergutsbes. Schwabe a. Leipzig. Hr. Dr. Espe a. Dresden. Hr. Dr. Kuesbeck a. Hamburg. Die Hrn. Kauf. Bretschneider a. Schwedt, Weber a. Köln, Schmidt a. Rassel.

Chüringer Bahnhof: Lord Hunter a. New-York. Hr. Partik. v. Stein a. Weiningen. Hr. Ritterm. Krug v. Nidda a. Mainz. Hr. Gutsbes. Kude a. Mäeneshain. Hr. Agent v. Schierbrand a. Leipzig. Hr. Hauptm. Gärtner a. Schönhausen. Hr. Kaufm. Käferlein a. Mainz. Hr. Justiz. Höchst a. Rabeburg. Hr. Partikul. Lamedorf a. Mieltau.

Meteorologische Beobachtungen.

	20. Juni.	Morgens 6 Uhr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Luftdruck *)	332,29 Par. L.	332,62 Par. L.	332,90 Par. L.	332,60 Par. L.	
Dunstdruck	4,29 Par. L.	4,35 Par. L.	4,66 Par. L.	4,43 Par. L.	
Relat. Feuchtigk.	85 pCt.	58 pCt.	87 pCt.	77 pCt.	
Luftwärme	10,8 Gr. Rm.	15,6 Gr. Rm.	11,4 Gr. Rm.	12,6 Gr. Rm.	

*) Der Luftdruck ist auf 0 Gr. Reaumur reducirt.

